

erfolgreich. politisch. bilden.

DEMOKRATIE-KONGRESS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Es gilt das gesprochene Wort!

Dass es zwischen politischer Bildung auf der einen Seite und dem Demokratieprojekt auf der anderen Seite einen Zusammenhang gibt, kann man auch vor Auswertung noch nicht stattgefundener Diskussionsrunden als gemeinsame Geschäftsgrundlage dieses Kongresses voraussetzen. Wie sich dieses Verhältnis im Einzelnen darstellt und unter welchen Bedingungen es heute mit Erfolgsaussichten bedient werden kann, ist eine wesentlich kompliziertere Frage, die im Titel dieser Veranstaltung unschuldig und unscheinbar in die drei Begriffe gefasst ist – „erfolgreich. politisch. bilden.“ Nun spricht manches für die Vermutung, dass auch das Verhältnis zwischen Politik, Bildung und Erfolg nicht schlicht linear ist, sondern dass es auch hier die erstaunlichsten Varianten gibt, von gewünschten und weniger gewünschten Zusammenhängen, die nicht nur politischen „Bildnern“ mal mehr und mal weniger gut gefallen, – was aber eher eine zusätzliche Motivation für eine intensive Beschäftigung mit diesem Gegenstand ist.

Nun habe ich offengestanden ein bisschen Mühe mit der Versuchsanordnung des ersten Teils dieses Kongresses, weil nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung, die erfreulicherweise sehr grundsätzlich war und sich keineswegs auf Regieempfehlungen zum Ablauf dieses Kongresses beschränkt hat, Ihnen nun eine weitere Grundsatzrede angedroht ist, auf die dann, anstelle einer im Programm nicht vorgesehenen Diskussion, die gemeinsame Mittagspause folgen soll. Das ist für die Redner in der Regel eine relativ bequeme Lage. Für die Teilnehmer nicht immer. In diesem Fall gefällt sie mir auch deswegen

nicht besonders gut, weil mein Interesse an Ihrer Einschätzung der Lage jedenfalls nicht geringer ausgeprägt ist als hoffentlich Ihr Interesse an meiner Einschätzung. Und deswegen würde ich gerne ohne förmliche Probeabstimmung Ihr Einverständnis voraussetzen, dass ich die angedrohte Rede nicht halte, sondern ein paar wenige, ausdrücklich nicht das Thema erschöpfende Anmerkungen über aus meiner Sicht relevante Aspekte oder Fragestellungen vortrage.

Ich will beginnen mit einer eher allgemeinen Anmerkung über den Stellenwert von politischer Bildung, die nach meinem Verständnis keine akademische Übung ist, keine theoretische Auseinandersetzung mit Staat und Gesellschaft, sondern die das wichtige, unverzichtbare Scharnier ist zwischen politischer Theorie und politischer Praxis. Politische Bildung ist eben weder Politikwissenschaft, auf deren Erkenntnisse sie sich natürlich beziehen kann und muss, noch ist sie Politik, aber sie bezieht sich auf beides und muss die Verbindung herstellen zwischen diesen beiden großen Feldern unserer gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit.

Deswegen ist es – zweite Anmerkung – übrigens umso wichtiger, dass auch politische Bildung selbst im Wettbewerb stattfindet. Bernhard Vogel hat gerade eine Reihe von Zahlen genannt über die Vielzahl der Einrichtungen und Institutionen, die sich in einer mehr oder weniger auffälligen und mehr oder weniger systematischen und regelmäßig gut oder weniger gut finanziell dotierten Weise daran beteiligen.

Politische Bildung findet – Gott sei Dank und unverzichtbarer Weise – unter prinzipiell den gleichen Wettbewerbsbedingungen statt

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. NORBERT LAMMERT
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

8. Dezember 2009

www.kas.de

[www.kongress-](http://www.kongress-politischebildung.de)

[politischebildung.de](http://www.kongress-politischebildung.de)

wie das politische System Demokratie, für das sie werben und Voraussetzungen schaffen soll. Alleinvertretungsansprüche sind nicht nur in der Demokratie nicht erlaubt. Für die politische Bildung sind sie aus genau diesen Gründen geradezu unzulässig. Die Vermittlung der verheerenden Folgen von Alleinvertretungsansprüchen ist wiederum ein notwendiger Bestandteil politischer Bildung.

Dritte Bemerkung: Wenn man denn überhaupt den breiten, naturgemäß ausdifferenzierenden Katalog politischer Bildung auf Kernzuständigkeiten oder Aufgaben reduzieren könnte, dann wären das nach meiner Einschätzung: Vermittlung von Kenntnissen, Vermittlung von Werten und Vermittlung von Orientierung.

Für alle drei gibt es nach meiner Einschätzung nach wie vor beachtlichen Bedarf. Die Sorge, politische Bildung würde in den nächsten Jahren weniger dringlich, weil im 60. Jahr der Bundesrepublik Deutschland und nach 60 Jahren praktischen Umgangs mit der besten Verfassung, die dieses Land je hatte, die Kenntnisse über diese politische Ordnung und ihre Systembedingungen einen bisher unüberbotenen öffentlichen Höchststand erreicht hätten, sind völlig unbegründet.

Im Gegenteil: Wie nahezu unabhängig von der tatsächlichen Erfolgsgeschichte dieses politischen Systems sich der Kenntnisstand über Bedingungen und Wirkungszusammenhänge in unserem Land verhält, ist geradezu erschütternd.

Wenn nach jüngeren Umfragen ein beachtlicher Prozentsatz der Gymnasiasten in Deutschland Erich Honecker für einen oppositionellen Liedermacher und Walter Ulbricht für den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland halten, dann ist das längst nicht so witzig, wie es sich anhört, und es ist nicht nur eine Aufgabenbeschreibung von politischer Bildung, sondern ein Alarmsignal über ein beachtliches Defizit an Grundkenntnissen, das sich im Übrigen natürlich über die mehr oder weniger bedeutende Zuordnung von aktiven oder früheren und handelnden Persönlichkeiten des einen und

des anderen politischen Systems weit hinaus erstreckt.

Und deswegen will ich unter diesem Gesichtspunkt - Aufgabe der politischen Bildung ist jedenfalls auch, Kenntnisse zu vermitteln - drei Stichworte beispielhaft nennen: Das eine Stichwort ist die Notwendigkeit der Aufklärung über das durchaus komplizierte Verhältnis von Volkssouveränität und Repräsentativität. Da regieren übrigens - auch und gerade bei der überschaubaren Minderheit der regelmäßig politisch Interessierten - nicht nur der reine Sachverstand, sondern auch manche Leidenschaft und Begeisterung, die sich über Wirkungszusammenhänge gelegentlich hinwegsetzen.

Und da ja politische Bildung noch mehr als Politikwissenschaft neben der Systematisierung von Sachverhalten möglichst konkrete Lebensbezüge herstellen und wenn eben möglich aus aktuellen Erfahrungen grundsätzliche Schlussfolgerung herleiten soll, soweit sich das überhaupt ermöglichen und vertreten lässt, bietet sich ein Blick auf die jüngste Volksabstimmung in der Schweiz an: Stichwort Minarettverbot. Und zwar als Beispiel für die Verdeutlichung des komplizierten Zusammenhangs zwischen Volkssouveränität als unverzichtbarem Kern der Legitimation einer demokratischen Ordnung, die diesen Namen verdient, und der Repräsentativität der Wahrnehmung dieser Legitimation durch in regelmäßigen Abständen gewählte Repräsentanten. Damit ist auch in der politischen Bildung oft die Vermutung verbunden, dass dies, wenn überhaupt, aber doch wohl eher die zweitklassige Form der Wahrnehmung von Volkssouveränität sei, die in fortgeschrittenen Systemen zunehmend plebiszitär ergänzt oder gar ersetzt werden sollte. Was das konkrete Beispiel angeht: Mir fällt auf - was mich übrigens eher ermutigt als beunruhigt - dass das Erstaunen und Erschrecken über dieses Ergebnis eines Plebiszits hierzulande bei denen am ausgeprägtesten ist, die im Allgemeinen die stärksten Sympathien für plebiszitäre Ergänzungen eines repräsentativ verfassten politischen Systems haben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. NORBERT LAMMERT
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

8. Dezember 2009

www.kas.de

[www.kongress-
politischebildung.de](http://www.kongress-politischebildung.de)

Nochmal: Dass es diesen, jedenfalls subjektiven Wirkungszusammenhang gibt, gefällt mir gut, aber damit ist das Thema ja nicht erledigt. Und da ich Ihnen ja jetzt nur Stichworte angekündigt habe, will ich mich auch nur mit dem sehr allgemeinen Zusatz begnügen, dass man jedenfalls nicht im Prinzip eine Präferenz für Plebiszite und im Konkreten die Vorstellung haben kann, dass sie je nach Ausgang korrigiert werden müssen. Es gibt beachtliche Argumente für Plebiszite und es gibt im Übrigen auch beachtliche Argumente dagegen. Zu glauben, das könne man gewissermaßen ein für alle Mal abschließend und gewissermaßen demokratietheoretisch überhöht als Blaupause anbieten, halte ich für nicht sonderlich aufgeklärt. Aber ich hoffe, dass für diejenigen, die diesem Instrument eher skeptisch gegenüberstehen wie für diejenigen, die es eher für einen Vorzug halten, der stärker implementiert werden sollte, sich spätestens nach der jüngsten Erfahrung, die sehr praktische Frage stellt, wie man denn eigentlich sicherstellen kann, dass durch zweifellos demokratische Entscheidungen mit unzweifelhaft eindeutigen Mehrheiten nicht im Ergebnis Minderheitsrechte ausgehebelt werden können, die nach unserem Selbstverständnis zu den nichtabstimmungsfähigen Grundlagen unseres demokratischen Systems gehören.

Wie macht man das? Ich habe gerade gestern Abend an einer kurzfristig angesetzten Diskussion im Haus der Kulturen der Welt teilgenommen, die diesem Thema gewidmet war und bei der dann u.a. darauf hingewiesen wurde, dass diese Frage nun ziemlich sicher in Richtung Europäischer Menschenrechtshof ginge, und da spreche doch eine erhebliche Wahrscheinlichkeit für ein absehbares Urteil, was die Nichtigkeit dieser Entscheidung im Kontext der völkerrechtlichen Verpflichtungen betrifft, die die Schweiz als Mitglied des Europarates eingegangen ist. Der kluge Schweizer Demokrat Adolf Muschg hat aus guten Gründen dann gefragt, ob das bei der Lösung des Kerns des Problems weiterhilft. Daran habe er durchaus Zweifel; ich auch.

Ich halte es gerade nach dieser Erfahrung für geradezu ausgemacht, dass wir, soweit wir überhaupt über mögliche plebiszitäre

Ergänzungen reden, gleichzeitig ein Verfahren finden und verfassungsfest machen müssen, das genau das Risiko ausschließt, jedenfalls in den engsten denkbaren Grenzen hält, das am jüngsten Beispiel akut geworden ist. Etwa in Gestalt einer Nichtzulassung von Referenden, gegen deren Nichtzulassung, durch welche dafür vorgesehene Behörde auch immer, natürlich dann eine rechtliche Anrufungsmöglichkeit bestehen muss. Gewissermaßen in Kenntnis des Risikos, dass Mehrheiten so oder so ausfallen können, müsste gegebenenfalls ein Verfassungsgericht vorab die Frage entscheiden, ob eine für ein solches Verfahren gedachte Frage überhaupt den Kern unseres Demokratieverständnisses berührt.

Und damit bin ich gleichzeitig bei dem zweiten Stichwort, das naturgemäß zum Kerngeschäft politischer Bildung gehört, nämlich der Vermittlung dessen, was wir eigentlich unter Demokratie verstehen. Das ist ja nicht nur Institutionenkunde im Sinne der außerordentlich aufregenden Unterscheidung zwischen Bundestag und Bundesrat, seiner Zusammensetzung, den jeweiligen Wahlperioden, der Kontinuität und Diskontinuität von Gesetzentwürfen, dieser ganze Katalog, der Ihnen allen bestens vertraut ist. Sondern wenn politische Bildung so etwas wie ein Gütetest gelungener Vermittlung von zentralen Überzeugungen bekommen könnte, dann wäre er für mich dann erfolgreich bestanden, wenn völlig unabhängig von diesen einzelnen Personen und einzelnen Institutionen und ihren Wahl- und Bestätigungsverfahren es eine gesicherte Erkenntnis der breiten Mehrheit in unserem Lande wäre, dass man die politische Kultur einer Demokratie eben nicht an dem eher banalen Umstand erkennt, dass im Streitfall Mehrheiten entscheiden, sondern dass es Minderheitsrechte gibt, die auch der Mehrheit nicht zur Disposition stehen.

Und auch auf die Gefahr hin, dass die Vereinigung der Generalsekretäre mir die nächste Bemerkung übel nimmt: Diese Erkenntnis werden die politischen Parteien nicht für ihr Kerngeschäft halten, aber die politischen „Bildner“ müssen dies für ihre Aufgabe halten: Dem Anspruch von Mehrheiten den Anspruch von Minderheiten ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. NORBERT LAMMERT
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

8. Dezember 2009

www.kas.de

[www.kongress-
politischebildung.de](http://www.kongress-politischebildung.de)

genüberzustellen und das zweite für das erste nicht für auflösbar zu erklären. Zumal im Übrigen, aber das muss ich hier nicht mit pädagogischer Gebärde vortragen, die Demokratie ja kein Verfahren zur Feststellung richtiger Entscheidungen ist. Im Gegenteil, sie findet überhaupt nur deswegen statt, weil niemand in der Lage ist, plausibel den Nachweis zu erbringen, dass er über die richtigen Lösungen verfügt. Wäre irgendjemand in der Lage, diesen Nachweis zu erbringen, wären genau diese Mehrheitsentscheidungen unnötig, die nur deshalb stattfinden, weil es diesen Nachweis nicht gibt. Deswegen sind Alleinvertretungsansprüche prinzipiell mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.

Und weil nun mal das Geschäft der in Konkurrenz stehenden politischen Gruppierungen, schon gar der politischen Parteien, sich auf das Erringen von Mehrheiten für die Durchsetzung ihrer Überzeugungen und Absichten richtet, werden sie von ihnen im Regelfall nicht die Relativierung dieser Überzeugungsabsichten ernsthaft erwarten können, sondern sie wandern ständig in der Versuchung eines mindestens virtuellen Alleinvertretungsanspruchs.

Und letztes Stichwort zum Thema Kenntnisse vermitteln: Bernhard Vogel hat nicht als Erster und wohl auch nicht als Letzter leider zurecht darauf hingewiesen, dass das Ansehen der politischen Parteien in unserem Lande notorisch bescheiden ist, aber unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung die bislang erreichten Tiefstände noch einmal unterboten wurden. Nun kann man übrigens auch diesen Sachverhalt mit vielen Zahlen unterfüttern, man kann das auch mit dem Unterton von Häme vortragen. Ich finde es mindestens so wichtig, persönlich eher noch wichtiger, wenn die politische Bildung es auch als ihr Kerngeschäft versteht, deutlich zu machen, dass die Bedeutung politischer Parteien um Längen größer ist als ihr Ansehen, und dass man das eine mit dem anderen nicht verwechseln darf.

Es ist ja kein Zufall, dass funktionierende demokratische Systeme, jedenfalls parlamentarisch demokratische Systeme, Parteiensysteme sind. Das heißt, das eine ist oh-

ne das andere nicht zu haben. Und wer mit guten Gründen gegen den Zustand Einwände hat, in dem sich die Parteien oder einzelne Parteien im Besonderen befinden, der hat damit alles Recht der Welt, selber und mit anderen nicht nur darüber nachzudenken, sondern möglichst auch daran mitzuwirken, diesen Zustand zu verändern, aber weder eine intellektuelle, noch eine moralische Legitimation daraus herzuleiten, dass man durch Verzicht auf diese „zweitklassigen“ Institutionen sehr viel eher sich demokratischen Verhältnissen nähern könnte als mit ihnen.

Dabei verdient schon gar unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenstellung politischer Bildung nicht nur der Verlust der Bindungswirkung der Parteien mit Blick auf Wähler, sondern auch und gerade mit Blick auf ihre Mitglieder besondere Aufmerksamkeit, und eben nicht nur besondere Aufmerksamkeit für die Parteien, sondern auch für die politische Bildung, wenn es denn diesen Zusammenhang gibt.

Dies gilt ganz besonders mit Blick auf die jungen Leute, also diejenigen, deren Biografie, deren Zukunft am längsten durch die Verhältnisse bestimmt sein wird, die es in diesem Lande gibt. Der höchste Altersanteil der 20jährigen und jüngeren am Gesamtmitgliedbestand liegt bei den Grünen bei „stolzen“ 1,4 %..Bei der FDP bei 1,2 %, bei der SPD bei 0,8 % und bei der CDU bei ganzen 0,7%. Während – nur nachrichtlich – der Anteil der über 85jährigen bei 2,4 % liegt.

Es ist schon wahr: Die Parteien müssen endlich begreifen, dass sie sich anders organisieren müssen, wenn sie ein in der Regel nicht Rundum-Interesse an Politik, sondern punktuelles, partielles, spezifisches, zeitlich befristetes Interesse an konkreten politischen Fragestellungen für die eigene Arbeit aktivieren möchten. Diese Entwicklung, die im Übrigen im Kern den Erfolg der Bürgerinitiativen ausmacht, haben die politischen Parteien allesamt mit einer traumwandlerischen Souveränität 20 bis 25 Jahre lang verpennt. Aber umgekehrt müssen die Menschen begreifen, dass das punktuelle Interesse an Politik allein zur Organisation

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. NORBERT LAMMERT
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

8. Dezember 2009

www.kas.de

[www.kongress-
politischebildung.de](http://www.kongress-politischebildung.de)

politischer Prozesse nicht reicht, und dass wiederum das eine mit dem anderen vermittelt werden muss. Und wer soll das eigentlich mehr als seine Aufgabe verstehen als die politischen Bildungseinrichtungen?

Politische Bildung findet immer unter jeweils neuen Bedingungen statt, muss deswegen auch immer wieder neu auf Optionen und Möglichkeiten, Chancen und Risiken befragt werden. Zu den gründlich veränderten Rahmenbedingungen gehört die Medienlandschaft, unter der sich heute politische Bildung vollzieht.

Ich will hier nur auf zwei Aspekte aufmerksam machen: Erstens, Sie alle wissen, dass sich das Informationsverhalten der Menschen in unserem Land in den letzten Jahren deutlich verändert hat – und übrigens gleich in einer doppelten Weise. Erstens gibt es eine deutliche Verlagerung des Informationsbezuges von Printmedien hin zu elektronischen Medien und zweitens gibt es eine von den Medien selbst in einer geradezu schamlosen Weise bediente Präferenz für Unterhaltung gegenüber Information.

Die Verdoppelung dieser beiden Effekte stellt die politische Bildung vor zusätzliche extreme Anforderungen. Der tägliche Fernsehkonsum hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und der Umstand, dass die gleichen Leute, die sich so verhalten, wie sie sich verhalten, in Umfragen erklären, das glaubwürdigste Medium mit Blick auf Information oder politische Sachverhalte sei eigentlich die Tageszeitung, verliert natürlich an praktischer Relevanz, wenn die Zahl derjenigen, die dieses Medium überhaupt noch täglich in die Hand nimmt, immer kleiner wird (und übrigens mit Blick auf die Altersveränderung unserer Gesellschaft dramatisch kleiner).

Und - auch nur nachrichtlich - wenn dann unter den Printmedien eine einzige deutsche Tageszeitung einen täglichen Leserkreis hat, der ziemlich genau zwölfmal so groß ist wie der tägliche Leserkreis aller sogenannten überregionalen Qualitätszeitungen zusammengekommen, dann bekommt man auch hier eine Vorstellung über die Bedingungen, unter denen politische Bildung in unserem

Land stattfindet. Denn dass der publizistische Ehrgeiz dieser dominierenden Zeitung sich so verhält, wie es sich verhält, ist Ihnen offenkundig hinreichend geläufig. Stichwort Internet: Eine inhaltsanalytische Auswertung des sich explosionsartig vermehrenden Angebots im Internet hatte zum Ergebnis, dass die explizit politischen Websites gerade einmal 0,5 % des Gesamtangebots ausmachen. Und dass diese Informationen besonders neutral, verlässlich und pünktlich seien, kann bei ernsthafter Betrachtung natürlich auch nicht behauptet werden. Die Suchmaschinen führen zielsicher zu präferierten Adressen. Dass das Internet im Unterschied zu anderen Informationsangeboten eine hierarchiefreie Veranstaltung sei, ist unter Aufrechterhaltung des Beobachtungsvermögens nicht ernsthaft zu behaupten.

Mein letztes Stichwort lautet Globalisierung. Auch nicht originell, aber ich hatte Ihnen auch nichts Originelles angekündigt. Die Globalisierung ist deswegen, glaube ich, ein besonderes Thema für politische Bildung, weil sie nicht nur objektive Sachverhalte nachhaltig verändert, sondern insbesondere die Wahrnehmung dieser Sachverhalte in erstaunlich unterschiedlicher Weise bestimmt und prägt.

Zu den Erfahrungen der Globalisierung gehört, dass es immer noch Nationalstaaten gibt, deren politische Souveränität sich gewissermaßen immer mehr verflüchtigt. Und man wird schwerlich eine Handvoll existierender Nationalstaaten nennen können, die mit den Souveränitätsvorstellungen, mit denen die Politikwissenschaft über Jahrhunderte ungefährdet operiert hat, unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung ernsthaft von sich behaupten könnten: „jajawohl, wir sind souverän. Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft einschließlich ihrer damit verbundenen Leidensgeschichte hängt ja mit der Wahrnehmung dieses Souveränitätsverlustes jedenfalls ganz wesentlich zusammen.“

Nun ist der fast noch aufregendere Befund dieser Globalisierung, dass in ihrem Zuge die Volkswirtschaften aufgelöst worden sind, die Nationalstaaten aber nicht. Es gibt keine

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. NORBERT LAMMERT
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN
BUNDESTAGES

8. Dezember 2009

www.kas.de

[www.kongress-](http://www.kongress-politischebildung.de)

[politischebildung.de](http://www.kongress-politischebildung.de)

Nationalökonomien. Volkswirtschaften bestehen eigentlich nur noch als Recheneinheiten. Ich kann irgendwo in territorialen Grenzen Sozialprodukte statistisch zuordnen, aber die ökonomischen Prozesse haben mit diesen Grenzen immer weniger zu tun. Je relevanter eine Ökonomie ist, desto mehr ist sie um den Preis ihrer Existenz verpflichtet, die territorialen Grenzen dieser Ökonomie hinter sich zu lassen. Das führt zu erstaunlichen Effekten der positiven wie der negativen Art. Besonders erstaunliche, ziemlich unerfreuliche Effekte aus der zweiten Kategorie hatten wir in den letzten Monaten zur Kenntnis zu nehmen, einschließlich einer erstaunlichen Wiederentdeckung der Rolle des Staates, die in diesem Zusammenhang sowohl nostalgische wie konstruktive Züge aufweist, das eine nicht immer vom anderen sofort zu unterscheiden.

Aber ich will noch auf ein Faktum und auf ein Bedarf hinweisen: Zur Realität der globalen Welt gehört, dass die 50 größten Konzerne der Welt heute einen deutlich höheren Umsatz pro Jahr erzielen als die 50 kleinsten Länder der Welt an Sozialprodukt erwirtschaften.. Und das hat natürlich Folgen, nicht nur für ökonomischen, sondern auch für politischen Einfluss. Und ich will zweitens darauf aufmerksam machen, dass ein paar 100 Millionen Europäer und Amerikaner Monat für Monat allein mehr Geld für mobile Kommunikation ausgeben, als Milliarden Menschen gleichzeitig für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Das wird übrigens auch in Kopenhagen nicht verhandelt, wo angeblich die wichtigste Konferenz aller Zeiten zur Sicherung der Zukunft der Menschheit stattfindet. Wie überhaupt unsere Begabung, uns nach Zeiten der Verschleppung wichtiger Themen in die nächste Übertreibung zu retten, ausgeprägter ist als die Bereitschaft, rechtzeitig erkennbaren Problemen zu Leibe zu rücken.

Jedenfalls gibt es starke Indizien dafür, dass in Zeiten der Globalisierung die Verunsicherung wächst und mit der Verunsicherung das Bedürfnis nach Orientierung. Und deswegen muss eben politische Bildung nicht nur Kenntnisse vermitteln, Sachverhalte transparent machen, auf Implikationen aufmerksam machen, sondern sie muss

auch Orientierung vermitteln. Ein besonderes Problem schließlich, bei dem politische Bildung auch mal selbstkritisch mit ihren eigenen Orientierungen in der Vergangenheit umgehen sollte, betrifft die Wahrnehmung moderner Gesellschaften, die zunehmend multikulturell sind. Bei denen hatten wir jahrelang - was wiederum mit der Neigung zu Alleinvertretungsansprüchen bestimmter Präferenzen zu tun hat - zwei merkwürdige und in gleicher Weise fatale Formen der Realitätsverweigerung. Da gab es die einen, die haben aus Gründen der Vereinfachung ihres Weltbildes und anderer Überlegungen schlicht bestritten, dass wir in einer multi-kulturellen Gesellschaft leben, weil ja ein Problem, das es nicht gibt, auch nicht behandelt werden muss. Und die anderen haben den richtigen Hinweis darauf, dass wir natürlich in einer multi-kulturellen Gesellschaft leben, schon für das Konzept gehalten, als sei die Beobachtung einer Tatsache bereits die Antwort auf die Frage, wie man denn mit dieser Tatsache umgehen soll. Und da machen wir nun auch in jüngerer Zeit neue Erfahrungen, dass dies kompliziertere Zusammenhänge sind, die auch einer komplizierteren Auseinandersetzung bedürfen.